

Fällen lag der Bruttolohn der Zuwanderer aus dem Westbalkan unter 2.200 Euro pro Monat. Die Anzahl der Aufstocker war trotzdem gering, der Bezug von Transferleistungen sogar unterdurchschnittlich. Ein systematischer Missbrauch dieser Regelung ließ sich nicht feststellen.

Es ist also alles bestens, könnte man meinen. – Nein, sicher nicht.

Zum einen behindern brave Billiglohnarbeitnehmer aus dem Ausland eine angemessene Lohnentwicklung in manchen Branchen, zum anderen fehlt auch der Innovationsdruck. Zum Beispiel im Bereich des 3D-Baus sind andere Länder aus vielen Gründen sehr viel weiter als wir. Ob China oder die Arabischen Emirate: Die lachen doch über ein Zweietagenhaus in Beckum, das vom NRW-Bauministerium gerade noch bejubelt wird.

Was den Menschen zugemutet wird, ist Arbeit für wenig Lohn, für die sich hier niemand findet. Das ist durchaus als menschenverachtend zu werten.

Trotz der Kritik ist eine Verlängerung der Regelung mit den Beschränkungen, die vom Bundesarbeitsministerium geplant sind, aus Gründen der Rechtssicherheit durchaus sinnvoll.

Mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes, die zu erwartenden Insolvenzen und die damit zu erwartenden negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bei aktuell schon 7 Millionen Menschen in Kurzarbeit wäre natürlich die ursprüngliche Idee der CDU im Bund, die Westbalkanzuwanderung auf 15.000 Menschen zu begrenzen, ganz vernünftig gewesen.

Die jetzt geplante Begrenzung auf nur noch 25.000 Anträge in der aktuellen Lage noch zu kippen und die Regelung zu entfristen ist für mich absolut unvernünftig. Wie sich die Koalition in NRW da gerade rausredet, ist interessant.

Viel sinnvoller wäre eine deutliche Überarbeitung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, welches dem noch gegenübersteht. Hier fehlt aber die Vorrangprüfung. Auch ein Punktesystem, eine Beschränkung auf Engpassberufe und selbstverständlich eine abgeschlossene Ausbildung oder vergleichbare Qualifikation wären absolut erstrebenswert.

Außerdem braucht das Land eine Rückführungsinitiative für diejenigen aus dem Westbalkan, die hier derzeit nur geduldet werden und zu großen Teilen schon seit Jahren als Regelleistungsbezieher unsere Sozialsysteme belasten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Es spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Balkanregelung kann möglicherweise ein Vorbild für die Art und Weise sein, wie man auch mit anderen Ländern von einer irregulären zu einer regulären Einwanderung kommen kann. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, sie nicht zu befristen und sie auch nicht zu deckeln. An dieser Stelle teile ich die Auffassung der Kollegin Aymaz.

(Beifall von Berivan Aymaz [GRÜNE])

Es gibt aber einen Punkt, an dem wir uns unterscheiden. Der hat ganz entscheidend mit der Systematik der Balkanregelung zu tun. Herr Bischoff fragte vorhin, warum man das Ganze dann ablehnen würde: Es ist ein fundamentaler Unterschied, ob man auch diejenigen, die schon vorher nach Asyl gefragt haben, obwohl sie keine Asylberechtigung hatten, in dieses Verfahren einbeziehen möchte oder nicht.

Von der Systematik her ist es notwendig, dass von vornherein vermittelt wird, dass es hier darum geht, sich auf einen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt einzulassen und nicht das Vehikel des Asyls zu nutzen, um auf irgendeine Art und Weise in den Arbeitsmarkt zu kommen. Wir können jeden Versuch, von einer irregulären zu einer regulären Migration zu kommen, vergessen, wenn wir dies einfach beiseitewischen.

Deswegen muss der Antrag an dieser Stelle zurückgewiesen werden.

Bezüglich der anderen beiden Punkte, wie gesagt, teilen wir die Auffassung. Dementsprechend werden wir uns im Bundesrat verhalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt des Antrags zu? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktionen von CDU, FDP und AfD stimmen ebenso dagegen wie die beiden fraktionslosen Kollegen Neppe und Langguth. Gibt es Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/11157** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

**9 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11167

Die Aussprache ist eröffnet, und für die AfD-Fraktion begründet dies nun Herr Loose.

**Christian Loose**<sup>\*)</sup> (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab: Punkt III.2 muss natürlich gestrichen werden. Das ist ein redaktioneller Fehler. Aber wir geben das Ganze ja zur Beratung in den entsprechenden Ausschuss. Das nur vorab, damit Sie sich nicht wundern, dass hier zwei verschiedene Sachen gefordert werden.

So, jetzt zur Rede. Der Aufsichtsrat des Autozulieferers Continental, Wolfgang Reitzle, findet klare Worte zur aktuellen Politik. Ich zitiere:

„Man zerstört politisch die Autoindustrie, die ja noch 99 % ihrer Wertschöpfung durch Autos mit Verbrennungsmotor generiert. Ergebnis: Wir müssen Fabriken schließen und Arbeitsplätze abbauen.“

Das waren leider keine Lippenbekenntnisse von Herrn Reitzle; denn in der letzten Woche hat Continental sich endgültig dazu entschlossen, 1.800 Mitarbeiter zu entlassen – 1.800 Menschen mit einer guten Bezahlung, 1.800 Familien, deren wirtschaftliche Existenz nun durch die Politik der Laschets und von der Leyens zerstört wird.

Und was fällt den Laschets dieser Welt ein? Reflexartig werden die Eigentümer und Vorstände beschimpft, und man spricht vom kalten Kapitalismus. Ich dachte eigentlich, Herr Laschet – Sie sind leider nicht da –, diese Sprache hätten wir vor 30 Jahren mit dem Ende des Unrechtsstaates DDR überwunden.

Aber Sie nutzen nicht nur die Worte der DDR, nein, Sie nutzen auch die Methoden aus dieser Zeit. So werden E-Autos so wie damals die Trabis in den Markt gedrückt, minderwertige Produkte, die keine 200 km Reichweite haben, und die anderen Produkte werden mit Schutzzöllen belegt. Nur heißen die Schutzzölle heute CO<sub>2</sub>-Strafen. Ford und VW rechnen mit Milliardenstrafen, und so sind die Folgen klar.

So titelte der „FOCUS“ vor einer Woche – ich zitiere –: „Wegen EU-Klimazielen: Ford will künftig weniger Autos in Europa bauen“. Wieder Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet! Continental 1.800, Ford 5.400, Hella 1.300 Mitarbeiter – das sind die Zeichen Ihrer Politik, Herr Laschet und Herr Pinkwart.

Das Altparteienkombinat hier will den sogenannten Klimaschutz in NRW, Deutschland und in der EU durchdrücken, egal, wie viel das kostet. Und es wird

uns viel kosten. 1.300 Milliarden Euro werden uns die Pläne von Laschet und von der Leyen kosten – 1.300 Milliarden Euro! Nur zum Vergleich: Die deutsche Entwicklungshilfe liegt bei etwa 8 bis 9 Milliarden Euro jährlich.

Und was kriegen wir für die 1.300 Milliarden Euro? Wissenschaftler haben es mit den Modellen vom IPCC berechnet. Die Zwei-Grad-Erwärmung wird dann nicht mehr am 1. Januar 2100 kommen, nein, sie wird abgewendet – bis zum 11. Februar 2100, das heißt um ganze sechs Wochen.

Für diese sechs Wochen, Herr Laschet, wollen Sie unsere Industrie zerstören. Für diese sechs Wochen, Herr Laschet, wollen Sie unsere Arbeitsplätze zerstören. Für diese sechs Wochen wollen Sie unseren Wohlstand zerstören. Aber nicht mit uns, nicht mit der AfD! Wir werden uns weiter im Sinne unseres Volkes für Industriearbeitsplätze und unseren Wohlstand einsetzen.

Sagen Sie jetzt nicht, dass die Deindustrialisierung ganz plötzlich kam. Das wurde seit Jahrzehnten vorausgesagt oder zumindest seit einem Jahrzehnt. 2012 titelte das „Handelsblatt“: „Merksels Strompreislüge“. CDU-Politiker Günther Oettinger warnt: „Die Deindustrialisierung hat längst begonnen“. 2013 in der „WELT“: „Energiewende – Deutschland droht die Deindustrialisierung“, usw. usw.

In all den Jahren gibt es bei diesen Meldungen allerdings statt Lösungen nur einen Standardreflex der Politiker: Kosten verniedlichen, Probleme leugnen. Oder man wälzt die Verantwortung in Laschet-Mannier auf andere ab: kalter Kapitalismus. – Herr Laschet, dumme Sozialismus ist nicht besser als kalter Kapitalismus.

(Beifall von der AfD)

Mit Ihrem politischen Zwang zur Wende führen Sie einen Vernichtungskrieg gegen unsere Industrie, und Ihre Freundin von der Leyen führt diesen Krieg in der EU an. Die Regeln für unsere Industrie werden weiter verschärft. Statt 40 % Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen es jetzt 55 % bzw. nach heutiger Beschlusslage sogar 60 % werden.

Doch die Firmen sind nicht blöd. Sie wandern einfach ins Ausland ab. Ich wiederhole die Aussage betreffend Ford: „Wegen EU-Klimazielen: Ford will künftig weniger Autos in Europa bauen“. Wir brauchen aber eine Politik, die die Fluchtursachen dieser Firmen bekämpft und nicht die Firmen selbst.

Wenn Sie wirklich etwas für unsere Industrie tun wollen, dann stimmen Sie für unseren Antrag und gegen die Pläne Ihrer Freundin von der Leyen. Wenn Sie wirklich etwas für unsere Arbeiter tun wollen, dann stimmen Sie für unseren Antrag und gegen die Pläne Ihrer Freundin von der Leyen. Wenn Sie wirklich etwas für unseren Wohlstand machen wollen, dann

stimmen Sie für unseren Antrag und gegen die Pläne Ihrer Freundin von der Leyen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Loose. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Rehbaum.

**Henning Rehbaum**<sup>\*)</sup> (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion ist ein eindrucksvolles Zeugnis einer sehr surrealen Haltung der AfD in Sachen „Klimaschutz und Europa“.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Sosehr Sie sich auch abmühen, energiepolitisch und geopolitisch die guten alten 80er-Jahre herbeizureden, es wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Sie halten Klimaschutz nach wie vor für überflüssig. Neue Arbeitsplätze in globalen Wachstumsmärkten – alles Quatsch! Energiesparen durch Gebäudesanierung kann sich die AfD nicht vorstellen. Europaweite Ziele, Konzepte und Finanzierung für den Klimaschutz wollen Sie auch nicht, sondern lieber zurück zu Kleinstaaterei, Wettbewerbsverzerrungen, geschlossenen Grenzen, exportschädlichen Zöllen und nationalen Alleingängen für globale Aufgaben. – So kann man es wirklich nicht hinkriegen.

Für uns als CDU ist klar: Der Kohleausstieg und die Energiewende sind ein Kraftakt. Sie sind eine große Aufgabe. Nach dem Auslaufen von Atomstrom und Kohle eine klimafreundliche, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung zu erhalten, das ist tatsächlich eine außergewöhnlich große und generationenübergreifende Aufgabe. Aber wir stellen uns dieser Verantwortung.

Wir wollen Klimaschutz, wir wollen aber auch die Chancen des Klimaschutzes nutzen. Wir wollen Technologien entwickeln und zur Marktreife bringen. Arbeitsplätze, Klimaschutz made in NRW, made in Germany – das sind für uns wichtige Punkte. Wir wollen hier die Elektrolysetechnik entwickeln und in Arbeitsplätze ummünzen.

Auch in der wasserstoffbasierten Stahlproduktion sind wir führend in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen diese Technologie auf die gesamte Stahlproduktion ausrollen. Das wird teuer sein. Auch dafür brauchen wir Europa, eben um das Geld für die Umrüstung der Stahlwerke dann zur Verfügung stellen zu können.

Wir haben die wasserstoffbasierte Chemieproduktion vor der Brust. Auch hier bieten sich riesige Möglichkeiten, CO<sub>2</sub> einzusparen. Wir wollen natürlich mithelfen, dass der starke Chemiestandort Nordrhein-Westfalen mit seinen Arbeitsplätzen erhalten bleibt.

Auch die Gebäudesanierung ist ein wichtiger Punkt für die Energiewende, für die CO<sub>2</sub>-Einsparungen. Wenn wir das beherzt anpacken, dann können wir von einem großen Konjunkturpaket für das Handwerk sprechen. Ich glaube, dagegen kann wirklich niemand etwas haben.

Innovative Antriebe sind ein ganz wichtiges Thema und Hauptangriffspunkt in dem Antrag. Bei der Elektromobilität sind wir in Nordrhein-Westfalen tatsächlich einen großen Schritt nach vorne gekommen. Wir fördern Tausende Ladestationen. Die Batterieforschungsfabrik kommt nach Münster. Das zeigt, dass wir es ernst meinen und dass wirtschaftliches Potenzial dahintersteht.

Wasserstoff wird in der Mobilität ebenfalls eine große Rolle spielen. Auch dort fördert die Landesregierung, was möglich ist.

Gasantriebe dürfen wir im gesamten Verkehrsmix nicht vergessen. Wir wollen klimafreundliche, CO<sub>2</sub>-effiziente Antriebe fördern. Dazu haben CDU und FDP vor einiger Zeit einen Antrag gestellt.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klocke?

**Henning Rehbaum**<sup>\*)</sup> (CDU): Ja, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Klocke.

**Arndt Klocke** (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Danke, Herr Kollege. Ich stimme vielen Ihrer inhaltlichen Ausführungen zu, würde Ihnen aber gern die Frage stellen, wie Sie denn, wenn Sie das inhaltlich ernst meinen, die sich jetzt leider abzeichnende Insolvenz, den Konkurs von StreetScooter bewerten, eines wichtigen innovativen Unternehmens in Nordrhein-Westfalen, das sich gerade im Bereich „Elektromobilität, Lieferverkehre“ gut aufgestellt hat und jetzt leider den Bach runtergeht?

(Christian Loose [AfD]: Das nennt man Marktwirtschaft! Kennt er nicht!)

**Henning Rehbaum**<sup>\*)</sup> (CDU): Das Thema „StreetScooter“ bewegt uns natürlich, völlig klar. Wir wünschen uns auf die Dauer einen weiteren Hersteller von Elektrofahrzeugen. Nach dem, was ich mitbekomme, finden dort gute Gespräche statt. Möglicherweise gibt es eine Unterstützung oder Partnerschaften mit weiteren Autoherstellern, sodass wir auf die Dauer ein vernünftiges Konzept für Elektrofahrzeuge in Nordrhein-Westfalen erhalten können. Das, was wir die Koalition oder die Landesregierung dazu beitragen kann, das werden wir tun.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die Frage der innovativen Antriebe hinweisen. Die AfD hat dem VDMA Dinge in den Mund gelegt, wie es dessen Vertreter sicherlich nicht möchten. Der VDMA ignoriert auf keinen Fall innovative Antriebe oder lehnt diese ab. Man sieht auch hier ein Potenzial. Es heißt, dass man es nicht mit der Brechstange machen soll. Das stimmt natürlich. Man muss das alles mit Augenmaß und vernünftig machen. Ich glaube, die Automobilindustrie ist hier gut aufgestellt, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Bereits 2019 haben wir 38 % CO<sub>2</sub>-Einsparungen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Wir sind sehr optimistisch, dass wir mit dem beschlossenen Ausstiegspfad für die Kohle dann auch die 55 % schaffen. Wir wollen an dieser Stelle über den Klimaschutz zu Innovationen kommen, diese Chance für uns nutzen. Wir möchten Arbeitsplätze, Klimaschutz made in NRW.

Leider zeigt dieser Antrag, dass wir hier im Hause keine vollständige Einigkeit über die Vorgehensweise, den Klimaschutz gewinnbringend für uns zu nutzen, haben. Die AfD möchte offensichtlich zu den umweltpolitischen Zielen einer Zeit zurück, als man den Ölwechsel noch über dem Gulli gemacht hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Das war jetzt ein fliegender Wechsel. Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Baran.

**Volkan Baran (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder sitzen wir hier und diskutieren – ich weiß nicht, zum wievielten Mal – über einen Antrag der AfD-Fraktion, der im Grunde keine Basis hat, sondern vielmehr eine Meinungsäußerung zum Thema „Klimawandel“ ist.

Zur Orientierung: Wir sind im Jahre 2020, auch wenn es bei der Lektüre des Antrags schwerfällt, das zu glauben. Meine Damen und Herren von der AfD, wir kennen bereits Ihre Meinung zu diesem Thema und haben in mannigfaltigen Anträgen und Redebeiträgen Ihrer Fraktion gehört, was Sie dazu zu sagen haben. Ja, wir haben Sie gehört, und wir sind schlicht anderer Meinung. Geben Sie es auf! Nur weil Sie es ständig wiederholen, wird es nicht richtiger.

Wissenschaftsakademien aus 80 Ländern, wissenschaftliche Organisationen und 97 % der Klimaforscherinnen und Klimaforscher stimmen darin überein, dass der Mensch

(Christian Loose [AfD]: 97 % lügen bei Ihnen?)

der Hauptverursacher der globalen Erderwärmung ist. Das wissen Sie. Dennoch fordern Sie, alle Klimaziele abzuschaffen. Das ist hanebüchener Unsinn.

Der Klimawandel ist ein global anerkanntes Phänomen, auf dessen Grundlage sich Staaten Umweltziele, Klimaziele auferlegt haben. Unternehmen auf der ganzen Welt stellen ihre Produktion um. Die Forschung arbeitet an nachhaltigeren Produktionen.

Sie geben an, sich um die Arbeitsplätze und die Attraktivität des Industriestandortes Deutschland zu sorgen.

Aber Sie lassen dabei bewusst außer Acht, dass weltweit die Forschung auf Hochtouren läuft und sich aufgrund der Klimaziele Innovationskraft entfaltet, sodass neue Chancen entstehen – im Übrigen auch für die Autoindustrie, die Sie hier ansprechen wollen.

Aber spielen wir doch einmal Ihr Szenario durch: Würden wir jetzt aus den Klimazielen aussteigen, dann würde es möglicherweise ein kurzes Hoch geben, was die Auftragslage angeht, weil Beschränkungen ignoriert werden. Der Klimawandel würde aber vorangetrieben werden. Die Zahl der Arbeitsplätze bliebe gleich. Was die Technologie angeht, blieben die Antriebssysteme unverändert.

Doch bereits nach kurzer Zeit hätten wir den weltweiten Anschluss verloren, was Forschung, neue, nachhaltige Produktionsweisen und alternative Antriebe angeht. Deutschland würde an Attraktivität als Handelspartner und als Industriestandort rapide verlieren. Der Vorsprung der anderen wäre für uns nicht einzuholen.

Gerade die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat einen starken industriellen Kern. 20 % aller Beschäftigten arbeiten hier in der Industrie. Diese Arbeitsplätze würden Sie mit Ihrem Szenario gefährden.

Die Industrie und auch wir als Gesellschaft sind bereits im Wandel. Nur weil Sie gerne in der Vergangenheit leben würden, lässt sich das zum Glück nicht aufhalten – zum einen, weil der menschengemachte Klimawandel den Wandel nötig macht, und zum anderen, weil die Digitalisierung unsere Arbeitswelten grundlegend und ständig verändert.

NRW hat hier einen Vorteil. Denn wir haben, was den Strukturwandel angeht, Erfahrungen. Hier haben wir die Chance, zu gestalten, statt nur langsam zu reagieren und den Anschluss zu verlieren.

Klimaziele geben uns die Möglichkeit, Stück für Stück den Weg in eine nachhaltigere, umweltfreundlichere Industrie zu beschreiten, ohne dass Arbeitsplätze ersatzlos verloren gehen.

Viele Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen verfügen durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über umfassende Kompetenzen. Durch aktive politische Unterstützung und entsprechende Maßnahmen der Landespolitik können diese für eine aktive

Gestaltung des Strukturwandels genutzt werden. So ließe sich die Zukunftsfähigkeit unseres industriellen Kerns sichern. Dazu gehört auch, dass wir die Leitmärkte der Zukunft erkennen und darauf sowohl die Forschungspolitik als auch eine aktiv gestaltende Industriepolitik des Landes ausrichten.

Es ist gerade im Zuge der globalen Entwicklungen wie der Handelsstreitigkeiten aufgrund von Ungleichheiten im Welthandel, der umkämpften Technologieführerschaft in Zukunftsbranchen und der globalen Herausforderungen des Klimaschutzes von zentraler Bedeutung, eine aktiv gestaltende Industriepolitik unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Anforderungen voranzutreiben. Nur so werden wir die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen in Zukunft sicher machen.

Wir werden der Überweisung an die Fachausschüsse zustimmen, obgleich der Antrag inhaltlich klar abzulehnen ist. Aber das werden wir dann in den Ausschüssen tun. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Baran. – Sie haben sicherlich gesehen, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar von Herrn Kollegen Loose von der AfD-Fraktion, dessen Mikrofon ich jetzt freischalte.

**Christian Loose<sup>\*)</sup>** (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Baran, nachdem die Bergleute schon im Stich gelassen wurden, sind es jetzt Tausende Mitarbeiter, die im Stich gelassen werden.

STEAG hat angekündigt, in der Stadt Essen 1.000 Personen aufgrund der Energiewende zu entlassen. Das ist Ihr Projekt zum sogenannten Klimaschutz.

Ford entlässt 5.400 Leute.

Continental entlässt 1.800 Leute.

Das SPD-Mitglied Kerner – auch IG Metall-Vorstandschef – sagt, der Staat müsse jetzt bei thyssenkrupp einsteigen, weil sie es nicht mehr schaffen.

Warum schaffen das denn all die Firmen nicht? Weil sie die hohen Energiekosten nicht mehr bezahlen können.

Jetzt wollen Sie EU-weit 1.300 Milliarden Euro ausgeben, um die Erwärmung um 2 Grad ganze sechs Wochen nach hinten zu verschieben. Mehr als diese sechs Wochen schaffen Sie damit nicht. Und das wollen Sie all denen, die Sie arbeitslos machen wollen, beispielsweise den Bergleuten, zumuten. Ich finde, das ist kein Verhalten einer sozialpatriotischen Partei mehr. – Danke.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. Ich vermute, dass ich mich gerade verfehlt habe. Ansonsten würde ich Sie bitten, den Begriff zu überdenken. – Herr Kollege Baran, bitte.

**Volkan Baran** (SPD): Auch die Begrifflichkeiten, die Sie hier verwenden, zeigen ja, dass Sie tatsächlich im Vorgestern leben wollen.

Erstens ist kein Bergmann in Nordrhein-Westfalen ins Bergfreie gefallen.

Zweitens brauchen wir uns, wie auch Herr Rehbaum gesagt hat, was die Innovationen, die Ingenieurleistungen und die technologische Entwicklung angeht, in Deutschland nicht zu verstecken.

Wir sind in einer Transformation. Ich bin davon überzeugt, dass wir, wenn wir gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen ein Gespräch finden, diese Arbeitsplätze auch erhalten können. Die Legebildung, die Sie hier betreiben, wird von keiner anderen Fraktion, glaube ich, so geteilt. Wir stehen hinter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Gänze. Wir sprechen mit ihnen. Wir sprechen auch mit den Forschungsinstituten. Wir sind davon überzeugt, dass wir die Arbeitsplätze erhalten können.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Baran. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes<sup>\*)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie schon bei den anderen Rednern deutlich wurde, ist der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion eine willkürliche Aneinanderreihung von Zitaten und eine Ansammlung von inhaltlichen Widersprüchen. Er geht nicht nur in der Sache fehl, sondern ist auch, ehrlich gesagt, handwerklich äußerst schlecht gemacht.

Einerseits verkennt die AfD die Notwendigkeit von Klimaschutz, fordert die Abschaffung aller CO<sub>2</sub>-Ziele und lässt wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf den Klimawandel einfach außer Acht. Andererseits fordert sie wissenschaftliche Beweise als Grundlage für die Begründung politischer Ziele. Meine Damen und Herren, das passt einfach nicht zusammen.

Ihr Antrag spricht von einer industrie-feindlichen Klimapolitik. Unsere Politik zielt dagegen darauf ab, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Dabei ist die nordrhein-westfälische Landesregierung ein Paradebeispiel. Denn sie zeigt, wie Klimaschutz gemeinsam mit der Industrie gelingt.

Für uns ist klar: Erfolgreicher Klimaschutz und ein starker Wirtschaftsstandort müssen keine Gegensätze sein. Im Gegenteil: Klimaschutz bietet auch viele Chancen für unsere Unternehmen. Die Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen für effektiven Klimaschutz steigt stetig an. Wir sind davon überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen über das Potenzial verfügt, zu einem führenden Standort innovativer Lösungen zu werden.

Wir als NRW-Koalition begleiten diesen Prozess, zum Beispiel durch unsere Initiative In4climate.NRW. Diese einzigartige Plattform unterstützt die energieintensive Industrie beim Transformationsprozess. Auf ihr widmen sich Experten der Frage, wie sich Produktionsprozesse und Wertschöpfungsketten langfristig klimaneutral gestalten lassen.

NRW geht beim Klimaschutz voran. Wir haben uns ambitionierte Ziele gesteckt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen bis 2030 um 55 % im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Diese Ziele verankern wir in der für den Herbst geplanten Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW.

Damit wir diese Ziele erreichen, brauchen wir erhebliche Investitionen in den Klimaschutz und in den Umbau des Energiesystems und bei der Umsetzung auf allen Ebenen mehr Tempo.

Wir verstehen den Green Deal als Chance für Nordrhein-Westfalen zum Erreichen der Klimaziele. Daneben sind aber auch andere Mittel wie die Strukturstärkungsmittel von enormer Bedeutung. Damit die Mittel auch voll freigesetzt werden können, braucht es die richtige organisatorische Struktur. Die neue Energie- und Klimaagentur bündelt unter einem Dach langjährige Erfahrungen und neue Initiativen.

Mit dieser strategischen Neuausrichtung der operativen Energie- und Klimaschutzpolitik verbessern wir den Klimaschutz und bauen unsere Vorreiterrolle weiter aus.

Meine Damen und Herren, wir wissen um die Herausforderung: Es geht darum, Treibhausgasemissionen zu mindern und gleichzeitig den Industrie- und Dienstleistungsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Die neue Landesgesellschaft richtet sich an Bürger und Mittelstand, Industrie und öffentliche Verwaltung. Wir folgen damit unserem ganzheitlichen Ansatz, der alle betroffenen Gruppen mit einbezieht.

Die Energie- und Klimaagentur verfolgt vor allem folgende Ziele: Investitionen nach NRW holen, Zukunftstechnologien vorantreiben, internationale Partnerschaften stärken, erneuerbare Energien ausbauen und die Wärmeversorgung weiterentwickeln, den Ausbau und die Kopplung der Energienetze vorantreiben, Energiequartiere umsetzen, Nordrhein-Westfalen bei Energieversorgung und Klimaschutz zum Vorreiter machen.

Meine Damen und Herren, die vor uns liegende Transformation ist eine große Herausforderung. Sie muss so sicher und erfolgreich wie möglich gestaltet werden, damit Nordrhein-Westfalen Energie- und Industrieland Nummer eins bleibt.

Die Landesregierung aus CDU und FDP unternimmt hierzu alle entscheidenden Schritte. Dies zeigen die beschlossenen Regelungen, Maßnahmen, Initiativen und Förderprogramme sowie die veranschlagten Mittel im Haushalt.

Dass wir auf dem richtigen Kurs sind, zeigen auch die Zahlen. Nordrhein-Westfalen hat seine Treibhausgasemissionen im Jahr 2019 um 38,3 % gegenüber 1990 gesenkt.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Dietmar Brockes\*** (FDP): Damit liegen wir deutlich vor Baden-Württemberg und sind besser als der Bund.

Meine Damen und Herren, deshalb stimmen wir zwar der Überweisung zu, aber können den Inhalt des Antrags nur ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rehbaum und Herr Brockes, ich muss Ihnen leider sagen, dass ich eine etwas andere Einschätzung habe, was die Klimapolitik dieser Landesregierung angeht. Ich hätte auch noch erheblichen Austauschbedarf, Herr Brockes, über die Energie- und Klimaagentur.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, ich glaube, da sind wir wirklich gänzlich anderer Ansicht. Aber dafür finden wir noch einen anderen Ort. – Hier geht es jetzt um den Antrag der AfD. Und da muss ich sagen: Bei der Bewertung dieses Antrags kann ich auch Ihnen beiden zustimmen.

Was mir darüber hinaus noch zu diesem Antrag – der wirklich voller Fehler und wirrer Zitate ist – einfällt, ist ein zugegebenermaßen leicht verändertes Zitat:

Mit AfD-Abgeordneten über Klimaschutz zu diskutieren, ist so, wie mit einer Taube Schach zu spielen. Du kannst noch so gut Schach spielen; die Taube wird alle Spielsteine umreißen, aufs Spielfeld kacken und dann herumstolzieren, als hätte sie gewonnen.

(Beifall von den GRÜNEN und Rainer Deppe [CDU] – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart<sup>\*)</sup>,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es wiederholt in Richtung der AfD-Fraktion zum Ausdruck gebracht und möchte es noch einmal wiederholen: Selbst wenn Sie Zweifel an der Notwendigkeit haben, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass unser Dorf Erde mit 7,5 Milliarden Menschen dicht bevölkert ist und weiter wächst und dass die natürlichen Ressourcen immer knapper werden.

Wenn wir alle am Wohlstand teilhaben lassen wollen – und das geben Sie immer vor, mit im Blick zu haben, indem Sie sich hier für Entwicklungszusammenarbeit aussprechen –, dann müssen wir mit im Blick haben, dass all die Menschen auf dieser Erde auch an den sehr knappen und immer knapper werdenden Ressourcen teilhaben wollen.

Insofern macht es auf jeden Fall Sinn, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir mit möglichst wenig Ressourcenverbrauch einen möglichst hohen Lebensstandard realisieren können. Genau diesem Ziel dient auch das Pariser Klimaschutzabkommen, das wir in der Europäischen Union, in Deutschland und hier in Nordrhein-Westfalen mit großer Anstrengung umsetzen wollen.

Es trägt dazu bei, dass wir mit unseren Ressourcen verantwortungsvoller umgehen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen zurückführen. Damit gehen wir voran.

Wir sind auch diejenigen, die mit unseren Technologien in den Schwellenländern, in den aufstrebenden Ländern einen enormen Ressourcenverbrauch mit ausgelöst haben, den wir uns so in Zukunft nicht mehr werden leisten können. Hier müssen wir Innovationen möglich machen, um insgesamt den Menschen eine tragfähigere Zukunft zu öffnen. Ich plädiere hier noch einmal an Ihre Einsichtsfähigkeit.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Dass es auch gelingen kann, dass Ökonomien wie die unsere, die hoch entwickelt sind, in der Lage sein können, durch Innovationen Wohlstand mit geringeren Emissionen und geringerem Ressourcenverbrauch in Einklang zu bringen, zeigen ja allein die nüchternen Daten. Von 1990 bis heute ist unsere Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen um 35 % gewachsen. Gleichzeitig sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen im

vergangenen Jahr gegenüber 1990 um über 38 % reduziert worden.

Insofern ist diese Darlegung, dass sich durch solcherlei Bemühungen die wirtschaftliche Entwicklung verschlechtern müsste, schon durch die Gesamtbilanz widerlegt.

Richtig ist allerdings, dass sich einzelne Sektoren, einzelne Unternehmen, und auch Haushalte, Verbraucher, anpassen müssen. Sie müssen über Innovationen versuchen, sich an neue Rahmenbedingungen, zum Beispiel an eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, auch entsprechend anzupassen.

Natürlich gehört auch dazu, dass die Politik hier Rahmenbedingungen setzt und dass sie sich auch ambitionierte Ziele setzt. Das macht Europa; das macht Deutschland; das macht Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen aber auch Sorge dafür tragen, dass diese ambitionierten Ziele erreichbar bleiben – dass wir möglichst vielen die Chance geben, sich entsprechend anzupassen und weiterentwickeln zu können –, und vor allen Dingen sicherstellen, dass es einen fairen Wettbewerb gibt.

Deswegen geht es natürlich für die energieintensive Industrie – sie ist für uns in Nordrhein-Westfalen zentral – darum, dass wir für ein Level-Playing-Field sorgen, nicht nur in Europa, sondern auch global, dass wir ihr einen Carbon-Leakage-Schutz gewähren und dass wir die Unternehmen und die Regionen in diesem Anpassungsprozess auch finanziell entsprechend unterstützen.

Deswegen begrüßen wir auch das Vorhaben der EU, den Just Transition Fund mit voraussichtlich 17,5 Milliarden Euro auszustatten und den Regionen die Chance zu geben, sich entsprechend weiterentwickeln zu können.

Wenn Sie sich jetzt mit dem konkreten Fall des Automobilunternehmens beschäftigen, dann ist zu sagen: Das ist – das haben wir zum Ausdruck gebracht – in der Art und Weise, wie die Entscheidung getroffen worden ist, in keiner Weise akzeptabel. Aber man kann natürlich diese Entscheidung nicht ursächlich auf das Thema „Klimawandel“ zurückführen. Denn das Unternehmen hat in den letzten Jahren Kapazitäten aufgebaut, die durch die Weltkonjunkturlage für Automobile, vor allem hier in Europa, sich so nicht mehr abbilden lassen, und nimmt jetzt Anpassungen vor.

Wenn Sie meinen, dass ein Unterbleiben von Anpassungen, ein Unterbleiben von Innovationen ein guter Ratgeber sein sollte, dann empfehle ich nur einmal den Blick auf das Automobilunternehmen Tesla. Schauen Sie sich einmal die Kapitalmarktbeurteilung dieses Unternehmens an.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Von Ihrer Fraktion wird sehr häufig die freie Marktwirtschaft hier auch als ein guter Ratgeber empfohlen, um zu politischen Entscheidungen zu kommen. Schauen Sie sich einmal die Kapitalmarktbeurteilung von Tesla an und vergleichen sie mit Unternehmen wie General Motors oder Ford.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Dann sehen Sie, dass ein amerikanisches Unternehmen – aus einem Land, in dem der Präsident genauso den Klimawandel leugnet wie Sie – sich global aufstellt und die höchste Kapitalmarktbeurteilung hat, das auf neue Antriebstechnologien setzt. Dann erklären Sie mir das einmal.

Gehen Sie einmal nach Amerika und schauen sich die Investmentfonds an. Schauen Sie sich einmal an, nach welchen Anlagekriterien amerikanische Investmentfonds investieren. Dort spielen das Thema „Klimawandel“ und die Frage, wie wir mit Ressourcen sparsam umgehen können, eine viel größere Rolle als in anderen Teilen der Welt.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Erkundigen Sie sich einmal, wie es woanders läuft, und kommen Sie zu einer neuen Bewertung, damit wirklich das erreicht werden kann, was Sie angeblich wollen, nämlich, dass wir unsere Arbeitsplätze auch in die Zukunft hineinführen, neue schaffen und vorhandene weiterentwickeln können. Das werden wir nicht machen, indem wir den Kopf in den Sand stecken, sondern, indem wir uns hurtig auf den Weg machen, durch Innovationen besser zu werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben sicherlich bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, und zwar erneut von Herrn Kollegen Loose von der AfD-Fraktion, dem ich gleich das Mikrofon freischalte.

Zur Information an alle Fraktionen: Herr Minister hat die Redezeit der Landesregierung um 1 Minute überzogen, die jetzt selbstverständlich auch den Fraktionen zur Verfügung steht. – Herr Kollege Loose, Ihr Mikrofon ist offen.

**Christian Loose (AfD):** Danke, Frau Präsidentin. – Herr Minister Pinkwart, 800 Millionen Menschen auf der Welt haben keine Stromversorgung, vor allen Dingen in Südafrika. Sie würden sich über ein altes Kohlekraftwerk mit 45 % Wirkungsgrad, das Sie jetzt abstellen wollen, sehr freuen, auch über 40 % oder weniger. Sie wollen lieber 1.300 Milliarden Euro verschwenden. Gut; das ist Ihr Ding.

Aber zum Thema „Tesla“: Warum verdient Tesla Geld? Weil die EU diese Klimaschutzziele hat. Denn

Tesla verdient keinen einzigen Cent mit dem Verkauf der Autos, sondern ausschließlich mit dem Verkauf der entsprechenden Zertifikate, indem Tesla sich zum Beispiel Fiat als Verkäufer von Elektroautos anbietet. Darüber vermeidet Fiat die Milliardenzahlung. Das Geld fließt dann natürlich an Tesla. Sie agieren nicht in einem freien Markt. Auf einem freien Markt gäbe es diese Idiotie mit den CO<sub>2</sub>-Zielen für Autos gar nicht. Dementsprechend ist Tesla nur so viel wert, wie es die Klimaziele der EU sind.

Wenn die Klimaziele auf null wären, wäre Tesla von heute auf morgen komplett pleite. Jeder halbwegs intelligente Händler am Börsenmarkt kennt diese Mechanismen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Herr Minister, ich schalte Ihr Mikrofon frei. Bitte.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart<sup>3)</sup>,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Loose, schauen Sie sich doch bitte einmal die Kfz-Zulassungen von Elektrofahrzeugen weltweit an. Dann werden Sie sehen, dass die meisten Elektrofahrzeuge in China und die zweitmeisten – mit großem Abstand – in den Vereinigten Staaten von Amerika und nicht hier in Europa. Insofern kann ich Ihre Feststellung nicht bestätigt sehen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Das war die Erwiderung auf die Kurzintervention. – Für die AfD nutzt Herr Kollege Loose jetzt die eine Minute zusätzliche Redezeit.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Minister, wer den natürlichen Klimawandel leugnet, so wie Sie, der ist ein Klimaleugner – und nicht derjenige, der den natürlichen Klimawandel wahrnimmt, der zu 95 % naturgetrieben ist. Das weiß auch jeder Wissenschaftler draußen.

Warum hat man in China so viele Autos verkauft? Weil dort auch eine Subventionierung der E-Autos erfolgt, genauso wie in Deutschland. Ohne Subventionierung würde kaum einer auf der Welt ein Auto kaufen. Der Chery eQ, meistverkaufter Wagen in China, kostet etwa 18.000 Euro in der Produktion und wird für 9.000 Euro verkauft; der Rest sind Subventionen.

Das ist ein sozialistisches Konzept. Was Sie voranbringen, hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts mehr

zu tun. Sie bewegen sich – leider – in die Dimensionen der DDR zurück, Herr Professor Pinkwart.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Gibt es den Wunsch nach weiteren Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 9.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages**, über den wir gerade debattiert haben, **Drucksache 17/11167** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Europa und Internationales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

#### **10 Klimastabile Wälder für Nordrhein-Westfalen – zielgerichtete Förderung zur Schadensbehebung und Wiederaufforstung**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/11164

Entschließungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11286

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Deppe das Wort.

**Rainer Deppe**<sup>\*)</sup> (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute wieder über den Wald debattieren. Viele Lebensbereiche bei uns sind von den Folgen des Klimawandels betroffen. Aber dadurch, dass die auf Generationen angelegten Waldlandschaften sich innerhalb von ein bis zwei Jahren so dramatisch verändern, sind im Wald die Auswirkungen des Klimawandels sichtbarer als sonst wo in unserem Land. Dürre, massenhafter Schädlingsbefall und Stürme bringen die Bäume zum Absterben.

Unsere Generation hat die Verantwortung dafür, dass wir auch in 150 Jahren noch Wald in Nordrhein-Westfalen haben. Mit unserem Waldbaukonzept geben wir auf Basis des heutigen Erkenntnisstandes Empfehlungen, wie der Wald der Zukunft aussehen kann. Die Erkenntnisse aus der Wiederbewaldung nach „Kyrill“ im Jahr 2007 lehren uns, dass das

ausschließliche Setzen auf Naturverjüngung nicht zum Aufbau von klimastabilem Wald geeignet ist.

Wir brauchen neben der Naturverjüngung das aktive Einbringen von unterschiedlichen standortangepassten Baumarten. Das werden ganz viele sein. 45 Baumarten nennt das Waldbaukonzept des Umweltministeriums. Es gibt also noch genügend Arten, meine Damen und Herren, die von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald als „Baum des Jahres“ vorgestellt werden können. Vielfalt sorgt für Stabilität.

Wirtschaftlich ist diese Zeit für die Waldbesitzer eine Katastrophe. Was über Jahrzehnte aufgebaut wurde, geht nun innerhalb von zwei, drei Jahren kaputt.

Unsere Hilfsprogramme werden laufend aufgestockt. In diesem Jahr sind es mindestens 57 Millionen Euro, hoffentlich noch mehr. Wir werden dafür sorgen, dass die althergebrachten Förderabläufe schneller und unbürokratischer werden. Statt in 100 % der Fälle erfolgt die Kontrolle nur noch aufgrund risikobasierter Stichproben. Statt Vor-Ort-Begutachtungen der Schäden reichen Fotos und Luftbilder. Die Zuschüsse können jetzt schneller ausgezahlt werden.

(Beifall von der CDU)

Unser Antrag soll der Regierung den Rücken stärken, auf diesem Weg mutig weiterzugehen. Unsere Unterstützung, Frau Ministerin, haben Sie.

(Beifall von der CDU)

Das Wichtigste aber ist die Einführung der Baumprämie. Der Wald sorgt für Sauerstoff, speichert Wasser, gleicht Temperaturen aus, ist Lebensraum für Insekten, Pilze, Vögel und Wild, schützt vor Erosion, ist Erholungsraum und speichert CO<sub>2</sub>.

Gerade jetzt, wo die einzige nennenswerte Einkommensquelle, der Holzverkauf, für viele Bewirtschafteter mangels Holz für 30 bis 40 Jahre entfallen wird, kann die CO<sub>2</sub>-Prämie ein Anreiz sein, sich schnell um die Wiederbewaldung zu kümmern. Finanzmittel für eine Baumprämie stünden durch den Klima- und Energiefonds des Bundes auch für den Wald und übrigens auch für die Landwirtschaft zur Verfügung.

Wir fordern Bundesumweltministerin Schulze auf: Geben Sie endlich Ihren Widerstand gegen die Baumprämie auf. Machen Sie endlich den Weg frei, dass die einzige natürliche Möglichkeit, CO<sub>2</sub> zu binden – nämlich wachsender Wald und nachhaltig, langfristig verwendetes Holz –, auch entsprechend honoriert wird.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zur 183-Millionen-Euro-Klage der nordrhein-westfälischen Sägewerker gegen das Land: Natürlich werden wir alles tun, um diese Forderung, die erst durch die jahrelange Weigerung der SPD-Grünen-Regierung, die